

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Wolme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr 31

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 6. Februar.

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Im Reichsrat wurden die gesamten Gesetzentwürfe über den Young-Plan angenommen, ebenso die damit in Zusammenhang stehenden Liquidationsabkommen, auch dasjenige mit Polen.

* Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland, Senator Sackett, ist in Berlin eingetroffen.

* Durch einen Staubeneinschlag wurde in der Nähe von Schneidemühl großer Schaden verursacht.

* In Rom überreichte der österreichische Bundeskanzler Schöber an Mussolini das Große Verdienstkreuz der österreichischen Republik und eine wertvolle Literaturgabe aus der österreichischen Staatsdruckerei.

Billigeres Geld.

„Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz ermäßigt“ — das ist längst nicht mehr eine Mitteilung und ein Satz, über den man so einfach hinweggeht. Denn bis in die äußersten, die letzten Epochen unseres Wirtschaftslebens hinein macht sich eine derartige Maßnahme bemerkbar, wirken sich die Folgen der offiziellen Kreditverbilligung aus. Besonders dann, wenn die so ungemein vorsichtige Deutsche Reichsbank einen derartigen Entschluß faßt, der seine „zwei Seiten“ hat.

Selbständig in ihrer Diskontsatzsetzung ist die Reichsbank ja schon längst nicht mehr; abgesehen vielleicht von der französischen Staatsbank marschieren ja die „Gouverneure“ der staatlichen Banken in London, Brüssel, Berlin usw. nur im Gefolge der amerikanischen Diskontpolitik. Und darum ist der jüngste Beschluß der Reichsbank, ebenso wie es vor kurzem in London und in Frankreich geschah, den Diskontsatz zu ermäßigen, gleichzeitig auch ein Beweis für die Flüssigkeit, die überall auf dem internationalen Geldmarkt herrscht, daß also sehr große Kreditmittel zur Verfügung stehen. Immerhin bannt der trotzdem noch sehr beträchtliche Höhenunterschied zwischen dem Berliner und dem New Yorker, Londoner oder gar dem Pariser Diskontsatz — der halb so hoch ist wie der Reichsbankdiskont — jedenfalls vorläufig noch die Gefahr für Deutschland, durch eine allzu erhebliche Verbilligung des Kredits diesen nicht stark genug vom Ausland her in die deutsche Wirtschaft hereinzuwickeln. Es lohnt sich vorläufig für das Ausland noch sehr, sein Geld in Deutschland anzulegen.

Die Diskontermäßigung überall in der Welt wird — und das ist ihre jedenfalls für Deutschland besonders wichtige Seite — ihre Wirkung auch auf die Zinssätze des langfristigen und Anleihekredits ausüben. Freilich kommt es dabei auch ganz außerordentlich darauf an, daß sich die aufgelaufenen großen Kreditwünsche und Anleihepläne namentlich der öffentlichen Hand nicht wie eine Sturzflut auf den Geldmarkt ergießen, nur weil dieser ein besseres, günstigeres Aussehen zeigt. Wie sehr es bei vielen Kommunen in dieser Beziehung nicht bloß im Herzen, sondern auch auf — den Fingernägeln brennt, beweisen ja die mehrfach veranstalteten Versuche, auf dem Umwege über rechtlich selbständig gemachte Kommunalbetriebe Auslandskredite hereinzuholen. Denn in der Regel haben diese Betriebe von „ihren“ Stadtgemeinden sehr erhebliche kurzfristige Vorschüsse erhalten, die nun von den Erträgen der geplanten Auslandsanleihen wenigstens zum Teil wieder zurückgezahlt werden sollen. Nebenbei bemerkt: Die Diskontermäßigung hat auch für das Reich die wohlthätige Folge, daß sich die Kosten für die bekanntlich enorm hohen kurzfristigen Reichsschulden verbilligen. Wenn die Herabsetzung auch nur 0,5 Prozent beträgt, — angesichts der Größe dieser Verschuldung kommt doch eine ganz hübsche Summe dabei heraus.

Die Erleichterung und Verbilligung der Kreditaufnahme sollte aber doch die wirtschaftliche Vorsicht nicht mehr derartig außer Acht lassen, wie das leider in der vergangenen Zeit häufig, viel zu häufig geschehen ist. Eine Vorsicht, die sehr genau nicht bloß die Rentabilität, sondern auch die wirkliche Notwendigkeit der Kreditaufnahme und der mit ihr beabsichtigten Verwendung prüft. Man weiß ja, daß geradezu ein Wettrennen um Auslandskredite veranstaltet worden ist, daß es dabei auf die Höhe der verheißenen Verzinsung und Amortisation fast gar nicht mehr ankam, — und diesem Wettrennen im Ausland folgte ein nicht minder bedenkliches gleiches Art im Inland, als der Weg nach New York, London, Amsterdam usw. so gut wie versperrt war. Zwangsmaßnahmen zur Regulierung der Ansprüche an den Kreditmarkt sind freilich ein zweischneidiges Schwert, auch entdeckt man bald und schnell doch zum erstrebten Ziel führende Umwege, so daß für eine vernünftige Selbstbeschränkung auf diesem Gebiet der Appell an die wirtschaftliche Vernunft schließlich doch das einzige bleibt, was Erfolg haben kann. Lernen, wie es nicht wieder gemacht werden darf, wird man genugsam aus den früheren Erfahrungen. Allerdings hat man die Befugnisse der Beratungsstelle für ausländische Anleihen vorläufig noch einmal bis zum 28. Februar verlängert.

In der Privatwirtschaft jedenfalls, für die ja die Rentabilität oberster Grundsatz ist, wird man aus der Kreditverbilligung nur vorsichtig einen Nutzen ziehen wollen, zumal sich die Weiterentwicklung der Lage auf dem internationalen Geldmarkt und daher auch in Deutschland noch nicht übersehen läßt. Aber die Diskonttherapie und die dadurch herbeigeführte Milderung der Kreditverhältnisse wirkt doch nicht bloß real, sondern auch psychologisch anregend, wobei man angesichts einer wirklich sicheren Kenntnis darüber nicht vergessen soll, aus welchen letzten Ursachen und Gründen sich das Auf und Ab der Wirtschaftskongunktur herleitet. Ein wenig Optimismus, daß wir auf dem untersten Punkt

Annahme des „Neuen Planes“ im Reichsrat

Young-Gesetze und Finanzreform.

Bayern verlangt gemeinsame Beratung.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Reichstag vorzulegenden Gesetzentwürfen über die gesamten Haager Abmachungen, die unter dem Namen „Neuer Plan“ zusammengefaßt werden. Bei den Abstimmungen erteilte der Reichsrat dem Young-Plan mit 48 gegen 6 Stimmen bei 12 Enthaltungen seine Zustimmung. Gegen das Gesetz stimmten vier Provinzen Preußens, und zwar Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien, ferner das Land Thüringen mit zwei Stimmen. Die 12 Stimmen, die sich enthielten, entfielen auf die Vertreter Bayerns und Mecklenburg-Schwerins. Den Vorsitz bei der Sitzung führte Reichsaussenminister Dr. Curtius.

Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der Ausschüsse, die allen Gesetzen und Abkommen, auch dem Liquidationsabkommen, wenn auch nicht einstimmig, ihre Billigung gegeben haben, erstattete der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht. Zugleich sprach er den Dank des Reichsrates an die Haager deutsche Delegation und die dort gewesenen Sachverständigen aus. Er schloß mit dem Antrag, auch der Reichsrat möge seine Einwilligung geben.

Dr. Held will Vertagung.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Held nahm nach Dr. Brecht das Wort und führte aus, es sei zu bedauern, daß die Ausschüsse den bayerischen Vertagungsantrag abgelehnt hätten, den er hiermit erneuere.

Die Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden trieben immer mehr auf eine Katastrophe hin. Ohne vorherige Gesundung der Finanzen sei es nicht möglich, das Haager Abkommen zu erfüllen, das zudem wieder auf der Kriegsschuldlage aufgebaut sei. Unmöglich erscheine es, die jetzige Entscheidung in so großer Eile zu treffen.

Ohne gleichzeitige Finanzreform trieben Reich, Länder und Gemeinden in schwere Gefahren. Deshalb müßten die Finanzsanierung und die Young-Gesetze gleichzeitig behandelt werden.

Die Kriegsschuldlage.

Reichsaussenminister Dr. Curtius antwortete dem Ministerpräsidenten Dr. Held in bezug auf die Kriegsschuldlage und führte dazu aus:

der Wirtschaftskrise angelangt sind und es nun wieder nach oben geht, darf man im Hinblick gerade auf die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts doch schon hegen.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Eingabe des Deutschen Rentnerbundes.

Der Vorsitzende des Deutschen Rentnerbundes e. V. hat an den Reichstagspräsidenten Esser als Vorsitzendem des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Im Anschluß an die Meldungen, wonach im Sozialpolitischen Ausschuß der Wunsch geäußert worden sein soll, das „Rentnergesetz“ (Fürsorgepflichtverordnung) bald beraten zu können, müsse darauf hingewiesen werden, daß hier weit entgegengesetzte Dinge verquickt würden. Rentnergesetz und Fürsorgepflichtgesetz hätten nicht das geringste miteinander zu tun. Ein Rentnergesetz könne nur auf der Grundlage des Rechts aufgebaut sein, Fürsorgepflicht dagegen bedeute lediglich Gewährung von Almosen an bedürftige Personen.

Industriehilfe für Elbing und Königsberg.

Im Reichstag fand eine interfraktionelle Besprechung über die Hilfeleistung des Reiches für die Konnick-Altknickgesellschaft in Elbing und die Union-Gesellschaft in Königsberg statt. Die Regierung ist bereit, den beiden in schwere finanzielle Bedrängnis geratenen Firmen durch Kredite zu helfen, um zu verhindern, daß die Arbeiter beider Gesellschaften brotlos werden. Die Gewährung der Kredite bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Reichstages.

Kirchenvergleich mit dem Staat unübt.

Zwischen der evangelisch-lutherischen anhaltischen Landeskirche und dem Anhaltischen Staat ist ein endgültiger Vergleich vereinbart worden, der noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften bedarf. Danach bezahlt der Staat der Kirche rückwirkend ab 1. April 1924 eine dauernde Rente von 300 000 Mark jährlich. Die Rückstände des Staates an die Kirche, die 760 000 Mark betragen, werden in mehreren Raten bezahlt.

Nordamerika.

Die Wirtschaftslage in Amerika und in Deutschland.

Unterstaatssekretär Mills hielt in einer Versammlung eine Ansprache, wobei er seinem Vertrauen in die Geschäftslage, die eine stetige Besserung aufweise, Ausdruck gab. In einem Überblick über die letzten zehn Jahre wies Mills auf die Fortschritte in der Weltstabilisierung und der Weltsolidarität hin, deren Bedeutung für Amerika nicht unterschätzt werden dürfe. Auch die

Die jetzige Reichsregierung hat ebenso wie die früheren Regierungen des Reiches immer gegen die Kriegsschuldlage protestiert. Sie wird auch weiter alles daransetzen, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Die Reichsregierung hätte niemals einen Vertrag getätigt, der eine Anerkennung der Kriegsschuldlage in sich geschlossen hätte.

Zu einer größeren Ansprache, in der namentlich die Beziehungen zwischen Haager Vereinbarungen und Finanzreform behandelt wurden, erhob sich nunmehr

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer.

indem er auf seine letzte Reichstagsrede über die Bemühungen zu einer durchgreifenden Reichsfinanzreform hinwies. Die Arbeiten seien inzwischen so weit gefördert worden, daß heute bereits das Reichskabinett sich mit den Vorschlägen zum Etat 1930 beschäftigen könne. Eine Konferenz mit den Finanzministern der Länder über die Beseitigung der Kassennot sei für die nächste Woche angesetzt, bei der besonders auch der Finanzausgleich in Frage stehen werde. Die Voraussetzung für jede Sanierung sei aber die vorherige Annahme des Young-Planes. Deshalb müsse die Reichsregierung dem bayerischen Vertagungsantrag widersprechen.

Der bayerische Antrag auf Vertagung wurde nunmehr abgelehnt und der Vertreter Mecklenburg-Schwerins sowie Freiherr von Gahl für die preussischen Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien begründeten ihre Ablehnung des Young-Planes, ferner ebenso die Vertretung Thüringens.

Reichsbankgesetz und Liquidationsverträge.

Der Reichsrat wandte sich der Beratung des Reichsbank- und des Reichsbahngesetzes zu. Ein Antrag des Vertreters Berlins im Reichsrat, nach dem Schuldverschreibungen inländischer kommunaler Körperschaften ebenso behandelt werden sollten wie die des Reiches und der Länder, wurde angenommen. Reichsaussenminister Dr. Curtius erklärte dazu, daß sich die Regierung in diesem Punkte eine Doppelvorlage vorbehalte.

Bei der Entscheidung über die mit dem Young-Plan im Zusammenhang stehenden Liquidationsverträge, darunter das Polenabkommen, wurden die Verträge mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen, nachdem ein Antrag Ostpreußens auf Streichung des polnischen Abkommens mit 37 gegen 21 Stimmen bei acht Enthaltungen abgelehnt war. Die Novelle zum Reichsbankgesetz, ebenso das Reichsbahngesetz, wurden in einfacher Abstimmung mit Mehrheit angenommen, ferner das deutsch-amerikanische Schuldabkommen.

Wirtschaftslage der führenden Länder Europas weise in dem letzten Jahre eine entschiedene Besserung auf. Deutschland insbesondere zeige infolge der Rationalisierungsbestrebungen in der Industrie Fortschritte, die trotz des offensichtlichen Kapitalmangels und der Kapitalausfuhr im letzten Jahre sich behauptet hätten. Auch die günstigen Wirkungen des Dawes-Planes und des Young-Planes auf die europäische Wirtschaft dürften nicht unterschätzt werden. Der Young-Plan ermögliche es einem Volke von 60 Millionen hochintelligenter, gut organisierter Menschen, seinen Platz in der Wirtschaft Europas wieder einzunehmen. Mills gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß der Young-Plan die lange Leidensgeschichte der Reparationen abschließen werde.

Italien.

Schöbers Mission in Rom.

Bundeskanzler Schöber, der seit Dienstag in Rom anwesend ist, sprach der italienischen Regierung herzlichsten Dank für die von ihr Österreich auf der Haager Konferenz gewährte Unterstützung aus und überreichte Mussolini den Großorden mit goldenem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich sowie das erste Exemplar einer von der österreichischen Bundesdruckerei veröffentlichten Reproduktion des Gebetbuches des Galeazzo Maria Sforza. Es wurde beschlossen, die Unterzeichnung des italienisch-österreichischen Freundschafts- und Schiedsvertrages am Donnerstag vorzunehmen.

Frankreich.

Die französische Sozialversicherung.

Der Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den gewisse Bestimmungen der bisher geltenden Sozialversicherungsvorschriften abgeändert werden. Die wichtigste Neuregelung geht dahin, daß vom 1. Februar dieses Jahres an sämtliche Arbeitgeber verpflichtet sind, ihre Angestellten und Arbeiter mit einem Einkommen bis zu 15 000 Franc zur Sozialversicherung anzumelden. Ein Redner erklärte allerdings, daß er nur deshalb für die Vorlage stimme, weil sie seiner Ansicht nach eine erste Bresche in das Sozialversicherungsgesetz lege.

Aus In- und Ausland

Berlin. Reichstagsabgeordneter Schlang-Schönungen ist im Einvernehmen mit der Volksschutzvereinsvereinsigung, die keine Partei sein will, in die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei eingetreten.

Berlin. Gegenüber Meldungen über Stillstand der Saarverhandlungen in Paris wird von Berliner ausländischer Stelle ausdrücklich betont, daß von einem Stillstand nicht die Rede sein könne. Die Unterkommissionen tagten augenblicklich, im übrigen werde die deutsche Delegation

Stuttgart. Der bisherige Vorsitzende der demokratischen Fraktion im Württembergischen Landtag, Oberbürgermeister Scheef-Lüdingen, hat den Vorsitz der Fraktion niedergelegt. Abgeordneter Scheef war ein Gegner des Eintritts der Demokraten in die württembergische Regierung.

Bag. Der Budgetausschuß des Senats stimmte dem Abkommen über einige Tariffragen mit Deutschland zu. In der Aussprache bezeichnete Senator Ronda den Vertrag als günstig für Deutschland.

Passau. Aus dem Wiener Nachschneezug wurde hier ein Kurier der kommunistischen Internationale verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen österreichischen Staatsangehörigen handelte, der wegen Beteiligung an umstürzlerischen Bestrebungen in Graz seit vielen Monaten verhaftet wurde. Der Verhaftete wurde wegen Urkunden- und Papierschmuggels sowie wegen Hochverrats dem Landesgericht übergeben.

London. Im Unterhause brachte MacDonald den Antrag ein, die Gültigkeitsdauer des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf drei Jahre festzusetzen. Das Oberhaus hatte sich für einjährige Gültigkeit ausgesprochen. Der Antrag der Regierung wurde im Unterhause einstimmig angenommen und die Vorlage geht jetzt an das Oberhaus zurück.

London. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 27. Januar 1491500. Das sind 18098 mehr als in der Woche vorher und 97422 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

M. In Durchführung der Lateranverträge hat die italienische Regierung von dem Fürsten Barberini die berühmte Villa Barberini in Castel Gandolfo käuflich erworben, um sie dem Heiligen Stuhl abzutreten.

Moskau. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion teilt mit: Die Meldung aus Niga von der Erschießung einiger Hundert zaristischer Seeoffiziere in der Sowjetunion ist lachhaft wie alle derartigen Erfindungen der Nigaer Weißgardistenpresse.

Bularest. Der Präsident der Bularester Advokatenkammer, der ehemalige Präfekt Dr. Vasu Octavian, ein führendes Mitglied der Liberalen Partei, ist auf offener Straße von einem samaritanischen Wahlgegner der Bauernpartei überfallen und am Hals so schwer verletzt worden, daß er während seiner Einlieferung ins Spital starb.

Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern.

Preussischer Landtag.

(126. Sitzung.) tt. Berlin, 5. Februar.

Im Preussischen Landtag erfolgte die erste Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes, das als Neuerung u. a. die Zuziehung von Arbeitnehmervertretern zu den Kammern bringt.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger führte aus, so lange das Reich von seinem Recht aus der Reichsverfassung keinen Gebrauch mache, bleibe das Recht der Länder unbeschränkt, in der Sache der Berufsvertretungen selbst gesetzgebend vorzugehen. Die Reichsregierung habe auch keinen Einspruch gegen den Entwurf erhoben. Das Gesetz wolle die Arbeiter an den Landwirtschaftskammern

beteiligen. Der Gedanke müsse sich durchsetzen, daß der landwirtschaftliche Arbeiter mit seinen Interessen zur Landwirtschaft gehöre. Vor dem Kriege seien auch die Konservativen dafür eingetreten, die Arbeiter in die Landwirtschaftskammern zu nehmen. Heute habe die Landwirtschaft das größte Interesse an dieser Beteiligung der Arbeiter, die sich besonders in der Beurteilung sozialpolitischer Dinge glänzend auswirken werde. Ungut sei der Einwand, als ob der Entwurf in die Selbstverwaltung eingreife. Vorteilhaft sei die neue Einrichtung besonderer Versuchsausschüsse für die Landwirtschaft ebenso wie die Anweisung, daß die Staatsbehörden bei wichtigen Angelegenheiten die Kammern hören sollen. Das neue Gesetz werde zum Segen der Landwirtschaft gereichen.

Der Entwurf wurde einem besonderen Ausschuß von 29 Mitgliedern überwiesen.

Nach kurzer Aussprache wurde der Gesetzentwurf verabschiedet, der verschiedene Änderungen in der Organisation der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) bringt.

Gleichfalls verabschiedet wurde die Erweiterung des Staatsvertrages zwischen Preußen und Hamburg, wonach die Altonaer und die Hamburger Polizei in beiden Städten zu Grenzüberwachungen berechtigt sein sollen.

Darauf vertagte sich der Landtag auf den 18. Februar: Zweite Lesung des Landwirtschaftskammergesetzes.

Geltungsdauer des Republikstrafgesetzbuchs.

Ablösung durch das neue Strafgesetzbuch.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages hat die restlichen Paragraphen des Republikstrafgesetzbuchs beraten und das Gesamtgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich über die Geltungsdauer. Der Entwurf sieht vor, daß das Gesetz mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuchs außer Kraft treten soll. Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei beantragten statt dessen, die Geltungsdauer des Gesetzes auf drei Jahre festzusetzen, da man nicht wissen könne, wann das neue Strafgesetzbuch in Kraft treten werde.

In der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt. Das Republikstrafgesetz gilt also bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuchs.

Der Reichsetat 1930.

Erste Beratung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch unter Vorsitz des Reichskanzlers in eine erste Beratung über die Gestaltung des Etats 1930 ein. Der Reichsfinanzminister erstattete über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung des Haushalts und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten einen ausführlichen Bericht, dem eine eingehende Aussprache folgte.

Es wurde in Aussicht genommen, am Freitag vormittag mit den Parteiführern eine Besprechung über den gleichen Gegenstand zu veranstalten.

Das Scheitern der Großen Preußenkoalition.

Nochmalige Darlegung des Standpunktes der Deutschen Volkspartei.

Die Besprechung zwischen den Landtagsabgeordneten Stendel (D. Vp.) und Heilmann (S. P. V.) am Dienstag diente, wie mitgeteilt wird, lediglich dazu, um die Gründe darzulegen, die die Deutsche Volkspartei veranlassen haben, das derzeitige Angebot Heilmanns auf Abtretung des Handelsministeriums sowie eines Ministeriums ohne Portefeuille an die Deutsche Volkspartei in Preußen abzulehnen. Man war sich darüber einig, daß somit der Versuch der Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen durch Aufnahme der Deutschen Volkspartei in das preussische Kabinett gescheitert ist.

Die Gewinnverteilung der Reichsbank.

Einzelheiten der Neuordnung.

In der Zentralausschussung der Reichsbank wurden Mitteilungen über die zukünftige Gewinnverteilung bei der Reichsbank gemacht. Der Anteil des Reiches soll das

letzen beiden Jahren etwa je fünf Millionen Mark betrug, erhöht werden. Von den ersten 25 Millionen des Gewinnes soll das Reich 75, die Anteilseigner 25 Prozent erhalten, von den nächsten 20 Millionen das Reich 90, die Anteilseigner 10 Prozent, von einem eventuellen Restbetrag das Reich 95, die Anteilseigner 5 Prozent. Die Reserve, die bisher vorweg mit 20 Prozent dotiert worden ist, soll in Zukunft nur noch 10 Prozent erhalten.

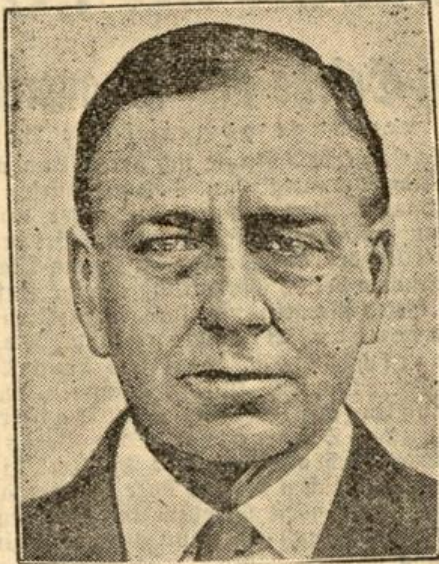
Reichsbankdiskontierung und Sparlassen.

Auf Empfehlung des Deutschen Sparlassen- und Giroverbandes wird die erneute Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um 1/2 Prozent bei den Sparlassen eine Ermäßigung des Spareinlagenzinsfußes um 1/2 Prozent zur Folge haben. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer entsprechenden Senkung der Zinssätze für Hypothekendarlehen und Kommunalanleihen. Im kurzfristigen Geld- und Kreditverkehr ermäßigen sich, wie auch sonst bei einer Diskontherabsetzung, die Bedingungen automatisch.

Der neue amerikanische Botschafter.

Senator Sackett in Berlin.

Mittwoch nachmittag ist der als Nachfolger Schurmans zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland ernannte Senator Sackett in Berlin eingetroffen. Er gilt als ein vortrefflicher Kenner der Wirtschaft und der finanzpolitischen Fragen, wie schon aus



Frederic M. Sackett.

seiner bisherigen Tätigkeit im Finanzausschuß des amerikanischen Senates hervorgeht. In seinem Privatleben ist er Bergwerksbesitzer. Mehrfach gab er die Erklärung ab, seine Politik im Sinne der weiteren Vertiefung der deutsch-amerikanischen Beziehungen halten zu wollen.

Neue Enteignungen im Korridor?

Ein alarmierendes Gerücht.

Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, soll das polnische Ministerium für Agrarreform neuerdings eine Parzellierungsliste ausgearbeitet haben, wonach hauptsächlich im Korridorgebiet weitgehende Enteignungen stattfinden sollen. Die Parzellierung werde sich fast ausschließlich auf deutschen Grundbesitz erstrecken, da der Anteil polnisches Grundbesitzes an den zur Enteignung bestimmten etwa 5000 Hektar Gesamtfläche höchstens 5 Prozent betrage. Die neue Parzellierungsliste dürfte am 15. Februar bereits veröffentlicht werden.

Weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Aber Verlangsamung des Tempos.

Der Beschäftigungsgrad sank auch in der Woche vom 27. Januar bis zum 1. Februar weiter ab. Die Abwärtsbewegung ist zwar langsamer geworden; doch dürfte dies weniger darin begründet sein, daß die Ansätze zur Überwindung der winterlichen Arbeitsruhe an Kraft und Ausdehnung gewonnen hätten, als vielmehr darin, daß sich die Zahl der Entlassenen etwas verringerte. So prägt sich im Gesamtbild des Marktes die große Zurückhaltung der Wirtschaft aus, an deren ungewisser Entwicklung das Baugewerbe in seiner unmittelbaren Abhängigkeit von der Finanzkraft der öffentlichen Hand ganz besonders trägt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung (betrachtlich nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosigkeit) betrug nach den Vormeldungen der Landesämter am 29. Januar rund 2210 000; sie ist in der Vorwoche um rund 70 000 gegen 90 000 in der Vorwoche und um je 140 000 in den beiden ersten Januarwochen angewachsen. Protest gegen ein Darlehen der Angestelltenversicherung.

Der Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Privatangestellten, der in 37 Angestelltenorganisationen mehr als 800 000 Mitglieder vertritt, hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er sich mit dem Plan eines Darlehens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an die Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Der Hauptausschuß erhebe gegen die aufgetauchten Pläne schärfsten Einspruch und ersuche die Reichsregierung auf das dringendste, von jedem Eingehen darauf Abstand zu nehmen.

Deutsche und österreichische Sozialversicherung.

Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages.

Im Reichsarbeitsministerium wurden die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Österreich über Sozialversicherung abgeschlossen. Der Vertrag regelt das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Staaten auf dem Gebiete der Krankenversicherung, Unfallversicherung, Angestelltenversicherung und knappschaftlichen Pensionsversicherung. Auch für die Invalidenversicherung enthält der Vertrag entsprechende Bestimmungen, die aber erst wirksam werden, sobald in Österreich die Invalidenversicherung in Kraft gesetzt wird.

Der Vertrag soll an die Stelle des bisherigen deutsch-österreichischen Übereinkommens über die Durchführung der Sozialversicherung im zwischenstaatlichen Verkehr vom 8. Januar 1926 treten. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens waren infolge neuer Versicherungsgefeße, die inzwischen in beiden Staaten ergangen sind, teilweise überholt.

Um die Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

Ein neuer Beschluß in Genf.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat mit 15 gegen fünf Stimmen bei drei

Enthaltungen beschlossen, die Frage der internationalen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau nachträglich auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen, die zum 10. Juni nach Genf einberufen worden ist. Auch die Beratung des Verwaltungsrates stand wiederum unter dem Zeichen der

Opposition der Unternehmergruppe.

Der deutsche Regierungsbotschafter, Ministerialrat Dr. Weigert, der sich während der Diskussion wiederholt für eine baldige internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau ausgesprochen und dem Kompromiß grundsätzlich seine Zustimmung gegeben hatte, stimmte zusammen mit der Mehrheit der übrigen Regierungsbotschafter und der Arbeitervertreter für den Beschluß, da sein Wortlaut auch in Bezug auf die besondere Lage der deutschen Braunkohlenindustrie die nötige Freiheit für weitere Untersuchungen und damit für die Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse bei der späteren endgültigen Entscheidung sichert.

Im Zeichen der Abrüstung.

400-Millionen-Kredit für Frankreichs Luftverteidigung.

Bei der Beratung des Haushalts des Luftfahrtministeriums in der Französischen Kammer forderte der Abgeordnete Desfosses von der radikalen Linken die Verbesserung der Luftverteidigung Frankreichs an der Nord- und Nordostgrenze. Im Falle eines Krieges mit Deutschland würde der Einbruch in erster Linie auf dem Luftwege erfolgen. Man müsse deshalb eine ausreichende Menge von Bombenflugzeugen an der Nord- und Nordostgrenze in Bereitschaft haben. Der Luftfahrtminister erklärte hierauf, daß er vom Kriegsministerium einen Kredit von 400 Millionen Franc erhalten habe, um eine gründliche Neuorganisation der Verteidigung durchzuführen.

Politischer Lärm in Heidelberg.

Studentenschlagereien.

Dr. Wierendorf, der Pressereferent der heffischen Regierung, wollte in Heidelberg in einer von der sozialistischen Studentengruppe veranstalteten öffentlichen Versammlung über das Thema „Nationalsozialismus oder Sozialismus“ sprechen. Der „Nationalsozialistische Studentenbund“ ließ vorher ein Flugblatt verteilen, in dem er die Heidelberger Bevölkerung dazu aufforderte, in Massen in die Versammlung zu kommen, um durch einen mäßigen Protest „den Burschen“ die rechte Antwort zu erteilen. Der Versammlungsraum war bei Beginn der Versammlung durch eine große Zahl organisierter Nationalsozialisten besetzt, unter denen sich auch die Heidelberger Korporationen befanden. Als der Redner begann, ertönte im Saal ein ohrenbetäubender Lärm, und es war unmöglich, dem Redner Ruhe zu verschaffen. Die Nationalsozialisten griffen nach dem W. L. B. die sozialistischen Teilnehmer mit Stuhlbeinen tätlich an und sprengten die Versammlung. Das überfallkommando konnte nichts anderes tun, als die Versammlung zu schließen und den Saal zu räumen. Einige Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Steigende Meliorationsziffern.

Tagung des Verbandes der Landeskulturgenossenschaften.

Der Erste Vorsitzende des Verbandes deutscher Landeskulturgenossenschaften, Oberpräsident a. D. Erzelenz von Batocki-Medau, eröffnete in Berlin eine öffentliche ordentliche Mitgliederversammlung. Der Geschäftsführer gab einen Überblick über die Meliorations-tätigkeit im Jahre 1929. Der Gesamtbeitrag der Kredite hat sich im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 19 Millionen auf 79 Millionen Mark erhöht, der Betrag der Beihilfe dagegen um 7,5 auf 34,5 Millionen Mark verringert. Die Gesamtsumme der in Meliorationen angelegten Mittel hat sich also gegen das Vorjahr um 11 Millionen Mark erhöht und beträgt im ganzen 113 Millionen Mark. Im Endergebnis ist festzustellen, daß im Jahre 1929 die Meliorations-tätigkeit in etwas größerem Umfange als im Jahre 1928 fortgesetzt werden konnte.

Die Not der Pächter.

Hauptversammlung des Reichsbundes landwirtschaftlicher Pächter.

Die in Berlin tagende ordentliche Hauptversammlung des Reichsbundes landwirtschaftlicher Pächter stand unter dem Zeichen der ungeheuren Pächternot.

Aber die katastrophale Lage des Pächterstandes in allen Teilen des Reiches sprach der Vorsitzende, Oberamtmann Ritz, nach dem Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers, Dr. Ritz, Berlin, und Erledigung der geschäftlichen Punkte sprach der Hauptpräsident, Herr Rechtsanwalt Dr. Richter, Halle, über die Entwicklung der wirtschaftlichen und weltfremden

Rechtsprechung im Pachtgeschäft

und verlangte von den Pachtungsbehörden bessere Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse. Das neue Pachtrecht sei heute noch nicht Gesetz geworden. Es müsse alles daran gesetzt werden, um die Forderungen der Pächter endlich zu verwirklichen: Ebenbürtigkeit des Pächters bei Vertragsabschluß — gerechte Verteilung der Bau- und Steuerlasten — Ertrag der Pächterarbeit (Meliorationen) — Sicherung des Pächterbesitzes im Interesse der Produktion — Inventarabnahmepflicht.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halber, den 6. Februar 1930.

Deutsch wie ein Deutscher sprechen.

Ein Verlag, der Unterrichtsbücher herausgibt, kündigt an, daß man durch diese Bücher „englisch wie ein Engländer“, „spanisch wie ein Spanier“, „französisch wie ein Franzose“ sprechen lerne. Wenn's wahr ist, dann ist das eine sehr gute Sache. Aber „deutsch wie ein Deutscher“ sprechen — nein, das wollen wir doch lieber nicht, denn dem Durchschnittsdeutschen ist ja die Muttersprache ganz „egal“. Er lehrt von seiner „Tour“ oder „Partie“ völlig „laputt“ heim in seine Wohnung „parterre“ oder in der ersten „Etage“ (das Haus liegt „vis-à-vis“ einem „Vergnügungs-etablissement“) und betrachtet voll Kummer sein „Portemonnaie“, dessen Zustand freilich „direkt katastrophal“ ist. Aber schließlich — was schadet das? Es war ja alles „tipp-topp“, man hat „kolossal“ gelacht im „Variété“, und mancher war hinterher „total“ be-selig; bekam man doch einen vorzüglichen Stoff schon für 20 Pf. „à“ Glas, und das „Couverti“ beim „Souper“ kostete nur 2,00 Mark, „eventuell“ 3,00 Mark. Nein, wie der Deutsche im allgemeinen das Deutsche spricht, das lehnen wir ab, denn uns ist die Muttersprache eine große gute Sache. Aber Deutsch, wie der Deutsche es sprechen sollte — das ist nach unserem Herzen. Und die Mühe, es so zu sprechen, ist ja auch gar nicht so groß, es gehört nur ein wenig guter Wille dazu. Eine große Gemeinde von wirklich deutsch-sprechenden Männern und Frauen aufbauen zu helfen, das sollte jedem rechten Deutschen Herzenssache sein!

Bewunderung und Furcht vor deutscher Luftfahrt.

Luftfahrt und Luftwaffe.

In der Französischen Kammer fanden die Verhandlungen über das Budget des Luftfahrtministeriums statt, die interessante Streiflichter warfen auf das Bild, das sich Frankreich von der Entwicklung des deutschen Luftwesens macht. Bewunderung vor den trotz aller Schwierigkeiten erreichten Erfolgen und eine geheime Furcht, daß diese friedliche Entwicklung sich einmal zu einer kriegerischen Bedrohung auswachsen, daß die deutsche Handelsluftfahrt zu einer Luftwaffe gemacht werden könnte.

Der sozialistische Abgeordnete Gamard, der die von der Regierung bisher betriebene Politik auf dem Gebiete des Luftfahrtwesens verurteilte, gab bekannt, daß sich für 1930 das Budget des Luftfahrtministeriums auf ungefähr drei Milliarden Franc beziffere, hiervon zwei Milliarden für das Militärflugwesen und lediglich 150 Millionen für Forschungen und Erfindungen auf dem Gebiete des Flugwesens. Der sozialrepublikanische Abgeordnete Bénazet behauptete, daß der Versailler Vertrag Deutschland die gute Methode auf aeronautischem Gebiete aufgezwungen habe, während man in Frankreich nichts weiter als Fehler begangen habe. Es bleibe nach dieser Richtung hin noch vieles zu tun. Besondere Beachtung verdiene der Aufschwung des Militär- und Handelsflugwesens in Italien. Ein besonders gutes Beispiel liefere Deutschland; dort verfüge ein Flugzeugbauer wie Dornier allein in seinen Fabriken über 200 Ingenieure. Zweifellos mache eine Luftfahrtgesellschaft wie die Deutsche Luft Hansa gegenwärtig eine Krise durch; aber diese Krise könne nur zu einer vernünftigen, endgültigen Organisation und einer noch größeren Aktivität dieses bedeutenden Luftverkehrsunternehmens führen. Deutschland sei regelmäßig auf dem Luftwege mit sämtlichen Hauptstädten Europas verbunden. Die inländischen Luftlinien seien zahlreich und gut organisiert. Der Redner wies auf die bedeutenden Fortschritte hin, die Deutschland bei dem Bau von Wasserflugzeugen gemacht habe. Er bemängelte die rückständigen Ansichten, die die maritimen Kreise der Bedeutung der Wasserflugzeuge entgegenbrächten. Einige Wasserflugzeuge genügen, um einen Kreuzer zu vernichten; was könnte eine Flotte von Kreuzern beispielsweise gegen 150 Flugzeuge ausrichten? Man müsse die öffentliche Meinung auf das Grauenhafte eines kommenden Krieges aufmerksam machen. Er kenne nicht die Pläne Deutschlands, aber es sei gewiß, daß seine erste Sorge darauf gerichtet sein werde, die Verbindungswege des Gegners zu zerstören und in den Städten durch Luftangriffe eine moralische Depression hervorzurufen. Der der Unabhängigen Linken angehörende Abgeordnete Renaitour bedauerte seinerseits, daß Frankreich noch keine solide Organisation des Luftfahrtwesens besitze. Die französischen Piloten behielten mit ihrem Leben die Tatsache, daß Frankreich mittelmäßige Flugzeuge besitze. Vor allem seien die Militärflugzeuge schlecht imstand. Es sei bedauerlich, daß Frankreich seinerzeit nicht das Patent Dorniers gekauft habe.

Hierauf erwiderte Luftfahrtminister Laurent-Eynac, Frankreich habe es niemals abgelehnt, ausländische Apparate zu kaufen. Aber man müsse sich hüten, einen Vergleich zu ziehen oder ein Urteil zu fällen, indem man ausländische Apparate, die erst im Versuchsstadium und noch nicht im Dienst seien, zur Grundlage nehme. Es sei ein weiter Weg vom Gebiet des Experimentierens bis zum Gebiet der praktischen Anwendung. Der Abgeordnete Renaitour behauptete im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, daß die deutsche Handelsluftfahrt im Konflikt mit einer gefährlichen Luftwaffe verhandelt werden könne. Frankreich habe bisher keine glückliche Politik auf dem Gebiete des Flugwesens betrieben. 200 Millionen jährlicher Subventionen hätten nicht genügende Ergebnisse gezeitigt.

Der Kampf um die Tarifierhöhung.

Wie kann der Reichsbahn geholfen werden? Im Rahmen der Auseinandersetzungen über die Sanierungsmöglichkeiten des Reichshaushaltes und über das Problem einer gleichzeitigen Erleichterung des Lastendrucks für die Wirtschaft stellt sich der Staatsausgleich bei der Reichsbahn als eine der schwierigsten Aufgaben dar. Hierzu schreibt die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Leipzig: Ohne Zweifel beruht die Hauptschwäche der Situation in dem Zwang, die Mittel für Anlage- und Betriebszwecke zurzeit aus ein und derselben Quelle, d. h. lediglich aus den Betriebsüberschüssen, zu schöpfen, wobei noch erschwerend hinzutritt, daß eine eindeutige Scheidung dieser beiden Ausgabenkomplexe im Einzelfalle nicht immer leicht ist. Es soll zwar die Reichsbahn aus der Reparationsanleihe 240 Millionen Mark erhalten. Doch wird von ihr selbst die Höhe des Kapitalbedarfs für reine Anlagezwecke schon mit 300 Millionen Mark angegeben. Außer dieser Summe fehlen aber noch weitere 150 Millionen Mark in der Betriebsrechnung für 1930, um deren Deckung es sich handelt, wenn jetzt die Forderung nach neuen Tarifierhöhungen zur Förderung steht. In der Zubilligung zahlreicher herabgesetzter Wettbewerbsstarife auf der einen Seite und in der gleichzeitigen Vornahme von Tarifierhöhungen auf der anderen Seite würde jedoch eine Schwäche des ganzen Systems deutlich werden, die jede übertriebene Maßnahme als bedenklich erscheinen läßt.

Unter diesen Umständen stellt sich die Wirtschaft mit Recht auf den Standpunkt, daß statt einer Tarifierhöhung entweder eine Ermäßigung der Beförderungsteuern bzw. eine vorübergehende Unterbrechung in der Aufzählung der Ausgleichs- und Dividendenrücklage oder gar die Beteiligung der Konkurrenzunternehmen — wie des Kraftwagenverkehrs — an den politisch bedingten Sonderlasten der Reichsbahn aus der früheren Obligationsschuld von 11 Milliarden Mark vorzunehmen ist. Dies besonders so lange, als die von Regierungseite gegebene Zusicherung auf eine im Jahre 1930 zumindest beginnende grundlegende steuerliche Besserstellung der Wirtschaft nach den jüngsten Auslassungen des Reichsfinanzministers als vorerst undurchführbar zurückgestellt wird.

Weidwert in Heimat und Ferne.

Ein Gang durch die Jagdausstellung der „Grünen Woche“.

Die alljährlich stattfindenden Jagdausstellungen der „Grünen Woche“ in Berlin waren dazu bestimmt, dem Studium der Entwicklung der einzelnen Wildarten,

dem Studium der Schädigung der Ernährung und ihrer Auswirkung auf die Geweih- und Gehörbildung zu dienen. Sie sollten die deutschen Jäger zur Hege erziehen und zeigen, was die Jagdverbände auf diesem Gebiet geleistet haben. Diesen Zweck glaubte man heuer nicht erreichen zu können, weil der vorige Winter so schwere Schäden angerichtet hat, daß sich die Ausübung der Jagd von selbst verbot. Allein an Rehen sind, nach der Bestimmung des Prinzen von Hohenberg, etwa 85 000 eingegeben, das heißt so viel wie der jährliche Abschuss zu betragen pflegt. Deshalb hat man, so lehrreich es auch gewesen wäre, zu sehen, was in Deutschland trotzdem an Trophäen erbeutet ist, darauf verzichtet und dafür eine Ausstellung geschaffen, die auf den Jagderfolg der deutschen Jäger im Auslande beruht.

Sie ist so interessant ausgestaltet, daß sie nicht nur die Jäger, sondern noch mehr das große Publikum anzieht und festhält. Die meisten Beutestücke stammen aus Afrika, aber auch das Polargebiet ist reich vertreten. Da sieht man Zeltgruppen aller den hohen Norden bewohnenden Völker samt ihrer Kleidung und Ausrüstung für Jagd und Fischfang sowie die Schlitten, auf denen sie weite Fahrten über Schnee und Eis unternehmen.

Einen Hauptanziehungspunkt bilden die beiden Lager der Tierfänger Dr. Hed und Karl Hagenbeck, mit all ihren Geräten zum Fang und Transport. Da sieht man auch die Fellen, in denen die großen Löwen, Leoparden und Tiger, gefangen werden. Der Hintergrund ist durch ein Panorama belebt, wodurch die ausgestellten Gegenstände erst den richtigen Rahmen erhalten.

Eine andere sehr interessante Anziehungskraft üben die lebenden Tiere aus, die zu dieser Ausstellung gehören. Da ist ein junger Löwe mit seiner wachsamem Pflegemutter, einer Hindin, da sind die prachtvoll gefärbten Flamingos, da steht ein Marabu, der wie ein in tiefes Nachdenken versunkener Gelehrter aussieht. Sehr stark ist auch der Eindruck, den die Gruppe der Pingwine im Vordergrund einer Polarlandschaft macht. Sie zeigen uns die Urform des Vogels, bevor er sich durch Ausbildung der Flügel zum Beherrscher der Lüfte aufschwang. Ihre nur zum Schwimmen bestimmten Nuberrufe stehen so weit hinten am Körper, daß die großen Vögel am Land aufrecht stehen müssen und sich nur unbeholfen bewegen können, während sie im Wasser außerordentlich geschickt schwimmen und tauchen.

Die Jagdausstellung enthält auch die Geschichte der kühnen Jäger und Jäger, die vor dem Kriege in aller Welt Länder auszogen, um unbekannte Gebiete zu erkunden und Trophäen zu sammeln. Da sieht man unter anderem auch die Kamera, mit der Schillings die Bilder für sein berühmtes Werk „Mit Flöte und Büchse“ gewann, das seinerzeit nicht nur ungeheures Aufsehen erregte, sondern auch für die Erforschung der exotischen Tierwelt bahnbrechend wirkte. Denn er zeigte uns zuerst die Möglichkeiten, die mit der Vervollkommenheit der Technik sich bis zu den spannenden Tierfilmen, denen wir so viel Aufklärung und Belehrung verdanken, entwickelt haben.

Der großen Gilde der Wassersportler wird eine Modellsammlung von Wasserfahrzeugen gezeigt, die vom winzigen Paddelboot bis zum sechsstufigen Tourenkreuzer ansteigt und für die kommende Saison vorbereitet. Denn die dazugehörigen Geräte und Ausrüstungsgegenstände werden sie sicherlich veranlassen, Vergleiche anzustellen und sich die Fortschritte der Technik nutzbar zu machen.

Noch reichhaltiger hat der Angelsport ausgestellt, der unwiderstehlich alles anzieht, was der Fischweid huldigt. Er war, trotzdem er dem Weidwerk durchaus ebenbürtig ist, lange Zeit ins Hintertreffen geraten, strebt jetzt jedoch machtvoll empor und wird mit dieser Schau viele neue Jünger Petri werben, nachdem die Technik der deutschen Gerätefabrikation derjenigen anderer Länder, auch Englands und Amerikas, nicht nur gleichwertig geworden ist, sondern sie noch übertrifft.

Dr. Fritz Stowronnek.

Ein neuer Landarbeiterstand.

Auffassung der Arbeitslosen durch die Landwirtschaft?

Bei keinem einsichtigen Politiker besteht wohl mehr ein Zweifel darüber, daß die Auffassung des ungeheuren Arbeitslosenheeres durch Überführung in produktive Arbeit geradezu das deutsche Zentralproblem neben dem Reparationsproblem geworden ist und mit diesem in unmittelbarem Zusammenhang steht. Nicht zuletzt sind die Kommunalpolitiker wegen der drückenden Belastung der Gemeindehaushalte durch die Wohlfahrts-erwerbslosen an der Lösung dieses Problems interessiert. Ministerialrat Fritz Jaak im preussischen Landwirtschaftsministerium entwickelt hierzu im Januarheft 1930 der Zeitschrift „Weltwirtschaft“ über die Landarbeiterfrage folgende Gedanken:

„Der Entwicklung der Landwirtschaft zum Saisonbetrieb und dem zeitweilig stärkeren Arbeiterbedarf muß Rechnung getragen werden durch die Heranbildung geeigneter städtischer Arbeitskräfte zu landwirtschaftlichen Saisonarbeitern. Die außerordentlich geringe Zahl deutscher landwirtschaftlicher Saisonarbeiter muß durch Schaffung eines neuen Standes von landwirtschaftlichen Arbeitern aus den Reihen der Industriearbeiter auf eine Zahl von einigen Hunderttausenden gebracht werden. Die Umschulung erfolgt am wirksamsten in speziellen Umschulungslagern und landwirtschaftlichen Großbetrieben unter ausgefuchter fachmännischer Leitung. Die zuständigen Stellen haben die große Bedeutung dieser Frage bereits in ihrem vollen Umfange erkannt und arbeiten zielbewußt in der Richtung. Der deutsche Osten hat Platz für Hunderttausende von Arbeitsstätten, die modern gestaltete deutsche Landwirtschaft hat Arbeitsgelegenheit für die Heimstätteninhaber weit über die Zahl der bisher beschäftigten ausländischen Saisonarbeiter hinaus.“

Arbeitsmarktbericht.

Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über die Lage auf dem westfälischen Arbeitsmarkt in der Woche vom 23. bis 29. Januar 1930:

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beider Unterstufungseinrichtungen stieg vom 23. bis 29. Januar um 2598 auf 123 221. Davon entfallen auf die Arbeitslosenversicherung 113 487 (in der Vorwoche 111 149) und auf die Krisenunterstützung 9734 (in der Vorwoche 9480) Personen. Damit liegt gegenwärtig die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in Westfalen um 43 908 oder 26,0 Proz. niedriger als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Auf 1000 Einwohner entfallen jetzt 23,9 (in der Vorwoche 23,4) gegenüber rd. 40 im Reich (in der Vorwoche 38,5).

Der Prozentsatz der berufstätlichen Arbeitslosigkeit ist in Westfalen mit über 50% der gesamten Arbeitslosigkeit recht hoch. Trotzdem wird man mit einer autonomen Besserung des Beschäftigungsgrades kaum rechnen dürfen. Gewiß ist der Arbeitsmarkt grundlegend von Konjunktur und Saison abhängig. Daneben aber tritt in den letzten Jahren mehr und mehr eine gewisse Eigengefestigkeit hervor. Produktionszahlen und Absatzverhältnisse eines Wirtschaftszweiges können sich daraus günstig entwickeln, während der Arbeitsmarkt dauernd darniederliegt. Standortliche Verschiebungen, hervorgerufen durch die Massierung von Betrieben in einzelnen Zentren, führen selbst bei guter Allgemeinconjunktur örtlich zu den größten arbeitsmarktlischen Schwierigkeiten. Die Gründe für die große Dauerarbeitslosigkeit in Deutschland der Nachkriegszeit sind bekannt. Sie treffen für Westfalen in erhöhtem Maße zu, weil noch immer der Glaube besteht, daß im Westen die günstigsten Beschäftigungsmöglichkeiten seien. Daher noch heute die Abwanderung nach dem Westen, für die der westfälische Industriebezirk das Einfallstor ist. In diesem Gesamtrahmen sind die westfälischen Arbeitsämter vor einer Reihe weiterer, zum Teil innerwestfälischer Aufgaben gestellt: Die große Arbeitslosigkeit der industriellen Großstädte belastet die Etats der Reichsanstalt und der Kommunen in fast unerträglicher Weise; gleichzeitig wird das flache Land immer mehr und mehr von geleerten landwirtschaftlichen Kräften entleert; die Entwicklung der Metallindustrie scheint in ähnlichen Bahnen zu verlaufen wie j. St. beim Bergbau. Tausende ortsanfälliger, seit Jahrzehnten als Fachkräfte tätiger Metallarbeiter finden in ihrer Heimat keine Beschäftigung mehr, weil immer mehr Betriebe abwandern. Für sie verfügt auch der Industriebezirk über keine entsprechende Aufnahmefähigkeit; der Streit zwischen den großen Industriegebieten, die die eigenen Arbeitslosen beschäftigt sehen wollen und den weiten ländlichen und ostwestfälischen, sowie lippischen Gebieten, in denen eine seit Generationen im Industriegebiet tätige Saisonarbeiterschaft ansässig ist, die auf Gedeih und Verderb auf diese Wanderbewegung angewiesen ist; die Ueberfetzung zahlreicher handwerklicher Berufe, beispielsweise des Baugewerbes, deren Berufszuführung sich grundlegend ändern muß.

Es ist selbstverständlich, daß ein Arbeitsamt, das seine Aufgabe rein als Versicherungs- und Unterstützungsinstitut ansehen würde, diesen Aufgaben völlig hoffnungslos gegenüber stehen müßte. Wäre nicht bereits mit der Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die grundsätzliche Umstellung erfolgt: Die Verlegung des Akzents auf die Frage der Vermittlung, der einheitlichen arbeitsmarktpolitischen Führung, so wäre diese Umstellung heute angeht, der oben gestreiften Aufgaben unbedingt nötig. Andererseits aber ist es wichtig, festzustellen, daß die Arbeitsämter allein dieser Aufgabe nicht Herr werden können. Sie bedürfen der verständnisvollen Mitarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch intensive Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Es muß in der Deffektivität erkannt werden, daß die Betriebe durch Benutzung der Arbeitsämter nicht nur ihren eigenen Arbeiterbedarf decken, sondern daß dabei gleichzeitig die für die Gesamtheit so überaus notwendigen arbeitsmarktpolitischen Belange erfolgreich gewahrt werden, die in ihrer Kompliziertheit und dauernden Veränderlichkeit der Einzelne heute nicht mehr zu übersehen vermag.

In der Woche vom 19. bis 25. Januar 1930 wurden nach den vorläufigen Berechnungen des Bergbauischen Vereins in Essen im Ruhrgebiet in 6 Arbeitstagen 2529 277 t Kohle (arbeitsmäßig 421 546 t) gegenüber 2629 757 t (arbeitsmäßig 438 293 t) in ebenfalls 6 Arbeitstagen der Vorwoche gefördert. Die Kokszerzeugung betrug in 7 Tagen derselben Woche 613 409 t (täglich 87 630 t) gegenüber 619 356 t (täglich 88 479 t) in ebenfalls 7 Tagen der Vorwoche. Die Preßkohlenerzeugung erreichte 60 712 t (arbeitsmäßig 10 119 t) in 6 Arbeitstagen derselben Woche gegenüber 68 758 t (arbeitsmäßig 11 460 t) in ebenfalls 6 Arbeitstagen der Vorwoche. Wegen Absatzmangel wurden in der Berichtswoche 129 029 (arbeitsmäßig 21 505) Feierschichten gegenüber 28 735 (4789) in der Vorwoche eingelegt. Wegen Betriebsstörung waren 3961 (660) Feierschichten zu verzeichnen gegenüber 8693 (1449) in der Vorwoche.

Das Ausstellungswesen als Werber für den Landport.

Von Dr. Heyn,

Geschäftsführer des Landjugendausschusses im D. N. A. Hand in Hand mit dem Fortschritt der modernen Landwirtschaft geht die Entwicklung des Ausstellungswesens. Deutschland kann bald auf ein halbes Jahrhundert zielbewußter Facharbeit zurückblicken: die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (D. L. G.), nach englischem Vorbild unter Mitwirkung des genialen Max Gyth gegründet, nimmt heute als landwirtschaftlicher Spitzenverband eine überragende Stellung ein; auch dem Nichtlandwirt ist sie ein lebendiger Begriff, denn seit nahezu 40 Jahren hat ihre große alljährliche Wanderausstellung fast sämtliche deutsche Großstädte berührt, die während der Ausstellungswoche stets im Zeichen der D. L. G. standen. Was für den Kaufmann die Leipziger Messe ist, bedeutet dem Landwirt die D. L. G.-Ausstellung: ein gewaltiger Aufmarsch eines ganzen Berufsstandes nach einem glänzend durchdachten und erprobten Organisationsplan. Alles, was nur irgendwelche Beziehungen zur Landwirtschaft hat, ist vertreten: der ungeheure Maschinenpark, das Saatgutwesen, die Düngereindustrie und die Tierzuchtgebiete, die ihr Bestes vorführen.

Im Rahmen der Ausstellung findet eine Reihe von Vorführungen statt: Prämiierung von Züchtlern, Trachtenzüge und — von nie versagender Anziehungskraft — die Fahr- und Reitturniere mit Leistungs- und Dressurprüfungen.

Der Schritt vom Reiterwettkampf zu Turnen und Sport ist nicht mehr so groß, und so erklärt sich die nur allzu berechtigte Forderung, neben dem Wettkampf der Tiere auch der Landjugend Gelegenheit zu geben, ihre körperliche Kraft und Gewandtheit zu beweisen. Schon seit Jahren ist der Landjugendausschuß des D. N. A. bemüht, den landlichen Leibesübungen im Rahmen der D. L. G.-Ausstellungen Anerkennung und Geltung zu verschaffen, indem er kurze Vorführungen der turnerisch und sportlich bewegten Landjugend vermittelt; in den letzten Jahren trat auch die Studentenschaft der in Frage kommenden landwirtschaftlichen Hochschulen in erfreulicher Weise bei dieser Gelegenheit hervor.

Die begeisterte Aufnahme solcher Vorführungen zeigt, welch wirksame Werbekraft für den Gedanken von Turnen und Sport auf dem Lande darin liegt; je geschickter und lebendiger die Leibesübungen hier gezeigt werden, desto überzeugender wirken sie auf die

—* Der westfälische Provinzialausschuß tagt am 13., 14. und 15. Februar in Münster. Auf der Tagesordnung stehen die Beratung des Prov.-Haushaltsplanes sowie zahlreicher Sonderhaushaltspläne für die Provinzialanrichtungen, das Straßenwesen, die Heilanstalten, die verschiedenen Fürsorgeheimen und Pflegehäuser für Krüppel, Blinden-, Taubstummen- und Geisteskrankenfürsorge, Weiter für die Provinzialkriegsbeschädigtenfürsorge, Wohlfahrtspflege sowie das Arbeitshaus in Venninghausen. Die verschiedenen Vorschläge sind den Provinzialausschußmitgliedern bereits zugegangen.

—* Zum Gesetz über die kommunale Neugliederung im Westen. Wie der Amtliche Preussische Preßedienst einem Mündel des Preussischen Ministers des Inneren entnimmt, sind durch Gesetz vom 28. Januar d. J. im Einverständnis mit dem Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes die Fristen für das Inkrafttreten des Ortsrechts und der Polizei-Verordnungen im Falle des Zusammenschlusses sowie die Frist für das Zustandekommen der Satzungen der Arbeitsgemeinschaften von 6 auf 12 Monate, also bis zum 1. 8. 1930, verlängert worden. Das Gesetz enthält ferner im § 1 Ziff. 2 Vorschriften über die Weitergeltung der Steuerverteilungsbeschlüsse.

Salver

—! Die Freiwillige Feuerwehr Salver feiert am Samstagabend im Saale des Hauses zur Fuhr ihr diesjähriges Fest. Der Fest mit Verlosung und nachfolgendem Tanz. Die Feuerwehr, die alljährlich nur einmal ein Fest feiert, ladet zu dieser Veranstaltung die Bürger und Bürgerinnen freundlichst ein. Die zur Verlosung bestimmten Gegenstände müssen bis Freitag mittag im Festlokal abgegeben werden.

—! Der Vaterländische Frauenverein, Bezirk Ostschule hielt am gestrigen Nachmittag im Lokale zum Jägerhaus Guft. Lückmann eine Hauptversammlung ab, die von der Vorsitzenden Frau Rob. Grüber mit begrüßenden Worten eröffnet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der im Jahre 1929 verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise geehrt. Aus dem Jahresbericht, der von der Vorsitzenden erstattet wurde, ist hervorzuheben: Im Monat Juli fand eine Verlosung statt; am 3. August wurde ein Ausflug zum Hengstey-See unternommen. Zu Weihnachten wurden verteilt: 28 Lebensmittelpakete, 11 Bettbezüge, 1 Lodenjoppe, 3 Hemden, 2 Paar Pantoffel, 6 Paar Strümpfe, 1 Bettuch, Strumpfgarn, Wiber und andere nützliche Sachen. Außerdem im Laufe des Jahres wurden an bedürftige Familien abgegeben 130 Zentner Kohlen und 20 Lebensmittelpakete und wöchentlich 1 Brot und Butter. Den Kassenbericht erstattete Frau Guft. Kreinberg. Nachdem die Kasse geprüft war, wurde die Entlastung ausgesprochen. Unter Verschiedenes wurde beschlossen in nächster Zeit wieder eine Verlosung zu veranstalten, ferner wurde für Ende April oder Anfang Mai d. J. ein Ausflug nach Düsseldorf in Aussicht genommen, bei dieser Gelegenheit soll den Hengsteywerken ein Besuch abgestattet werden und die Einrichtung des bedeutenden Wertes in Augenschein genommen werden. Gegen 5 Uhr war die Tagesordnung erledigt und schloß die Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung an die Mitglieder auch fernerhin dem Verein die Treue zu bewahren und weitere Mitglieder zu werben.

—!! Lichtspiele Carlshöhe. Freitag, Samstag und Sonntag läuft auf der Carlshöhe der schönste, großartigste und ergreifendste Hochgebirgsfilm, der noch das gewaltige Filmdrama „Der heilige Berg“ übertrifft, nämlich Dr. Arnold Brand's Meisterwerk: „Die weiße Hölle von Piz Palu“ mit Leni Riefenstahl, Gustav Diefel, Ernst Petersen und dem bekanntesten deutschen Meisterspieler Ernst Udet in den Hauptrollen. Ein Film von grandioser Schönheit. Der schönste Bergsteigerfilm der je gezeigt wurde. Das gewaltigste Alpine-Filmdrama aller Zeiten — ein Film wie ihn Menschenaugen vorher niemals sahen. Ein Märchen in der Entwicklung der Filmkunst. Anlässlich der Weltausführung am 11. Oktober 1929 in Wien schrieb die Presse: „Die deutsche Sprache ist zu arm, um das in Worten auszudrücken, was unsere Augen gesehen, was unsere Seele erlebt hat. Triumph über alles, was je ähnlich in der Welt geschaffen wurde. Den Inhalt dieses gewaltigen Filmes hier wiederzugeben, führt leider zu weit, ist auch in keiner Weise so schön zu schildern, wie er auf der Leinwand zu sehen ist. Als weitere Filmleistung wird „König der Wälder“ vorgeführt. Ein Film mit ebenfalls landschaftlich schönen Aufnahmen, der sich im Inhalt ungefähr dem vor etwa einem Jahr gezeigten Bildstreifen „Ein-tin-ten unter Wölfen“ anschließt. Samstag nachmittags 2 Uhr wird das Programm für Kinder zu ermäßigten Preisen aufgeführt. Verstärktes Streichorchester unter persönlicher Leitung des Konzertmeisters Kistner wird die beiden Filme begleiten. Die Vorführungszeiten sind aus der heutigen Anzeige zu ersehen.

Schalksmühle

—! Im Kriegesortestischen Lokale hielt die Ortsgruppe Schalksmühle im Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen die diesjährige Jahres-Hauptversammlung ab. In Abwesenheit des 1. Vorsitzenden Otto Löwer erstattete der 2. Vorsitzende Walter Pielhau den Jahresbericht, der über die umfangreiche Arbeit des verflorenen Jahres ausführlich Aufschluß gab. Nach Verlesung der Niederschrift der letzten Versammlung erstattete der Kassierer F. G. Bohmer den Kassenbericht, dem nach üblicher Prüfung und dem Nichtigbefund Entlastung erteilt wurde. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl und außerdem erfolgten für diesen einige Ergänzungen. Die Tagesordnung wickelte sich verhältnismäßig schnell ab und konnte nach Erledigung derselben die Versammlung geschlossen werden.

—!! Apollo-Theater. Mit dem neuen Spielplan bringt die Leitung des Apollo-Theaters Schalksmühle ein großes Programm der Ufa-Produktion. „Spuk im Schloss“ bestitelt sich der erste Großfilm und versteht uns in die Zeit der mittelalterlichen Sagen, wo die schauerlichsten Märchen über alte Schlösser und Burgen im Volksmunde umherliefen. Spannend und von Spuk und Schrecken durchsetzt sind die einzelnen Handlungen von Anfang bis zum Ende. Als zweites zeigt die Leinwand: „Du sollst nicht stehlen“. Ein Spiel von Gänerei und Liebe. Die Hauptrollen sind besetzt von ersten Kräften. Lilian Hartweg, Werner Kistner, Bruno Kistner usw. zeigen ihre Glanzleistung auch in diesem Großfilm, und ist auch dieser in seiner Handlung als hervorragend anzusehen. Ferner die beliebte Lustspiel-Einlage. Es kann jedem wärmstens empfohlen werden, sich dieses Programm anzusehen.

Kierspe

—! Eine Sitzung der größeren Kirchenvertretung findet am kommenden Sonntag im Anschluß an den Gottesdienst in der Kirche statt.

Die evangelische Kirche Westfalens feiert den Geburtstag ihres Generalsuperintendenten.

Der 70. Geburtstag des Generalsuperintendenten D. Joellner gestaltete sich zu einem Festtag ganz besonderer Art. Schon am Abend vorher erregte die Beleuchtung des Prinzipal-Marktes und der Fackelzug evangelischer Studenten allgemeines Aufsehen. Vor der Wohnung des Herrn Generalsuperintendenten sprach das Mitglied der Burschenschaft Allemannia, Schütte. Er führte aus: Dieser Fackelzug sei insofern von besonderer Art, als es im allgemeinen nur Brauch sei, den akademischen Lehrern eine derartige Ehrung zuteil werden zu lassen. Wenn die akademische Jugend in diesem Falle von dem Brauche abweiche, so gelte die Ehrung nicht zuerst dem Amte des Generalsuperintendenten, sondern seiner Persönlichkeit. Die Jugend sei sich bewußt, daß sie Führer brauche. Sie wisse, daß der Generalsuperintendent der evangel. Kirche, D. Joellner ein Führer von besonderer Bedeutung sei. Darum ehre sie ihn als eine Persönlichkeit, der die Jugend gern folge. Der Redner beendete seine außerordentlich wirkungsvolle Ansprache, indem er, zu seinen Komilitonen gewandt, rief: „Roland, der Riese, am Rathaus zu Bremen stehe er als Standbild, standhaft und treu“, und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch. — D. Joellner gab in seiner Antwort bewegt seiner Freude Ausdruck, daß gerade die Jugend, die der Bürge der Zukunft sei, sich den Blick für ewige Ziele bewahrt habe. Wenn die Strohfeuer der Zeit, durch die mancher geblendet würde, niebergebrannt sei, träte der Glanz der ewigen Sterne wieder hervor. Wenn der Sprecher der Studentenschaft gekürt habe, daß die Ehrung nicht dem Amt, sondern dem Führer gelte, so wolle er, der alte Führer der Jugend sagen, daß erst das Amt es sei, welches dem Führer das Verantwortungsbewußtsein spanne und ihn das Ziel recht sehen lasse. Der Fackelzug zeige, daß die Jugend nicht nur ihn und das Amt ehre wolle, sondern, daß sie sich Verständnis und Blick gewahrt habe für die Werte, die von der Kirche gepflegt werden. Das sei für ihn die Bürgschaft einer besseren Zukunft für Volk und Kirche.

Am Geburtstagsmorgen selbst nahm D. Joellner in den Vormittagsstunden die Glückwünsche der Behörden, Verbände, der Provinz und der Gesamtkirche sowie der ev. Fakultät Münster entgegen. In einer Frische, die von dem Alter des Jubilars nichts vermuten ließ, erwiderte er auf die Fülle der Ansprachen der Deputationen, indem er immer erneut das Wort nahm und dabei das Gesamtgebiet der kirchlichen Aufgaben während seiner Amtszeit und in der Gegenwart umriß.

Die Stadt Münster ehrte ihren Bürger durch eine besondere Adresse, die der Herr Oberbürgermeister überreichte. Am Nachmittag fand der eigentliche Festakt in der Erlöserkirche statt. Zu ihm waren Fahnenabordnungen aller evangelischen Männerverbände und Vertreter der kirchlichen Gemeinden der Provinz erschienen. Eine Versammlung von über 1000 Männern. Der Präses der Provinzialsynode, D. Koch, betonte, daß die Bedeutung dieser Versammlung in der Freiwilligkeit bestehe, in der die Männer aus der Provinz zum Geburtstag ihres Generalsuperintendenten nach Münster gefahren seien. Stärker als je läge die Pflicht des Zeugnisses und des Dienstes auf in der von Gott durch das Evangelium gestifteten Kirche. An diese Pflicht habe der Herr Generalsuperintendent gemahnt. Sie sei heute schwerer geworden, denn es sei eine Zeit, in der eine dritte Konfession atheistischer

Art entstanden sei. Sie sei zahlenmäßig im Verhältnis zum Ganzen noch klein, übe aber in den Parlamenten und Gemeindevertretungen eine starke Macht aus. In dieser Zeit gelte es erst recht für die Kirche, daß sie den Blick habe, die große Volksnot zu sehen, daß sie ein Herz habe, das die Kräfte des Heils kennt und eine Hand, die sich dem Elend entgegenstreckt. Generalsuperintendent D. Joellner habe stets auf die Pflicht der Kirche hingewiesen, und es möge der Lohn seiner wegwiesenden Führung sein, daß die evangelische Männerwelt nun ihre Aufgabe erkenne und ihre Pflicht erfülle.

Im Auftrage des Evangelischen Oberkirchenrates der altpreussischen Union und ebenso des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses verlas der geistliche Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, D. Burghard aus Berlin, je eine Ehrenurkunde der genannten Behörden, die in ehrenvollster Weise das weit- und tiefgehende Wirken des Generalsuperintendenten hervorhoben.

Mit tiefbewegten Worten dankte D. Joellner für die erfahrenen Ehrungen. Dieser Tag sei für ihn die Erfüllung eines alten Wunsches, die evangelische Männerwelt nach dem Vorbild der evg. Frauenhilfe sich zusammenschließen zu sehen zu gemeinsamer evg. Aktion. Die Ehrungen, die ihm zuteil werden, machen ihn tief demütig, denn es sei Gnade Gottes gewesen, die ihn geführt habe. Es gelte, die Fülle der Aufgaben zu sehen, die sich aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, aus der Zerrissenheit der Parteien und aus der schuldhaften Verirrung der Weltanschauungen und der religiösen Haltung unter den gebildeten und schlichten Gliedern des Volkes ergeben. Durch unsere Zeit gehe der große Bruch. Die einen schauten nur rückwärts und vergäßen die Kräfte der Zukunft zu pflegen, die anderen schauten nur vorwärts und vergäßen unerbittliche Werte der Vergangenheit. Es gäbe wohl noch politische Gruppen, die sich für die Dinge der Kirche einsetzten, aber sie verlangten dafür den Dienst der Kirche. Dem könne die Kirche nicht nachgeben. Wenn sie es tue, verliere sie die Kraft zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe. Diese bestehe darin, und das sei die Aufgabe der evangelisch-kirchlichen Männerwelt, über die Parteien hinweg die Brücke zu schlagen.

„Bleibt in euren Gewerkschaften, Vereinen, wo ihr immer seid, aber reicht euch die Hand in der Kirche als ein Volk, das Gott dienen will. Dann gehet hin, wo gehandelt wird um Kapital und Arbeit, wo gekämpft wird zwischen den Parteien, wo um Weltanschauung gerungen wird, und gebt euch die Hand als Haushalter Gottes. Die viel haben, indem ihr euch in den Dienst des Ganzen stellt, und ihr, die ihr wenig habt, wißt, daß überall Treue gesucht wird. Wenn wir so eintreten in den Dienst, dann schaffen wir Gemeinschaft, die überall nur da möglich ist, wo sie Gemeinschaft in Gott ist. Jede andere Gemeinschaft wird Interessengemeinschaft oder Zwangsgemeinschaft, wo die Reitsche der Motor ist und die Pistole als Vernichtungsmittel dient. Wir wollen Gemeinschaft in Gott und darum uns einigen in der auf Gottes Wort gegründeten Kirche.“ — Nachvoll durchbrauste zum Schluß von über tausend Männern gesungen „Ein feste Burg ist unser Gott“ die Kirche. Mit Gebet und Segenswunsch schloß der Präses der Provinzialsynode, D. Koch die wirkungsvolle, den Teilnehmern übergefallene Feier.

Rationelle Ziegenzucht in Westfalen.

Ein Provinzial-Ziegenherdbuch. — Einrichtung einer Zentralbodenstation.

Um die Ziegenzucht wegen ihrer Bedeutung für die Volksernährung und besonders der Säuglingspflege zu fördern, ist mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer vom Provinzialverband der Ziegenzüchtervereine ein Provinzial-Ziegenherdbuch ins Leben gerufen worden, das zur Zeit 200 Herdbuchzieger unter ständiger Kontrolle hat. Die Vertrauensleute aus fast allen Kreisverbänden Westfalens waren letzten Sonntag in Hamm versammelt, um ihre Erfahrungen nach einjähriger Tätigkeit auszutauschen. Die Tagung fand unter Leitung des Landwirtschaftsrats Hafelner statt. In einem einleitenden Vortrage verbreitete sich Oberkontroll-Inspektor Becker über den Wert der Leistungsprüfungen, deren Ziel bei der Ziegenzucht sei, Tiere mit gleichmäßigem Ertrage zu züchten. Nach der äußerst regen Aussprache führte Landwirtschaftsrat Hafelner aus: Die züchterischen Bestrebungen, die Leistung zu fördern und die Qualität zu heben, strecken bei der Ziegenzucht noch in den Kinderschuhen. Sie fänden deshalb nach Kräften die Unterstützung der Landwirtschaftskammer. Er verbreitete sich eingehend über die Art der Fütterung und sagte, daß auf Grund der Erfahrungen an zentraler Stelle ein geeignetes Mischfutter hergestellt werden solle. Er gab ausführliche Richtlinien für die Arbeit der Vertrauensleute, verwies auf die ordnungsmäßige Ausfüllung der in der Aussprache für richtig erkannten schematischen Kontrollübersicht und kam dann auf die Fütterung im Einzelnen zu sprechen. Bei der Stallfütterung stellte er die Forderung auf: Wir müssen zur Trockenfütterung kommen! Der Magen der Wiederkäuer sei nicht geeignet, das brümmige Futter regelmäßig zu verdauen. Besonderer Wert müsse auf die Jungtierzucht gelegt werden. Da sei zunächst zu fordern, daß die Lämmer sämtlicher Herdbuchtiere großgezüchtet würden. Er hoffe, Mittel zur Verfügung gestellt zu erhalten, um eine Versuchstation einzurichten. Es sei geplant, in Warendorf eine Zentralbodenstation für Westfalen einzurichten. In diesem kleinen Kreise solle damit zunächst ein Versuch gemacht werden. So hoffe man, eine Art Züchterzucht zur Feststellung der am besten vererbenden Böcke zu ermöglichen; denn rationelle Züchterung gehe in hohem Maße auch von dem männlichen Tiere aus.

Die Verteidiger im Escherwonenprozess.

Ein englischer Dementi.

Im Escherwonenprozess kamen nach dem Plädoyer des Verteidigers der beiden Georgier die Verteidiger der anderen Angeklagten zu Wort. Auch sie verteidigten sich gegen die Behauptung des Staatsanwalts, daß der Escherwonenprozess politische Beweggründe für die Escherwonenfälschungen abgesehen werden müsse. Einer der Verteidiger erklärte, daß die Escherwonen nicht als ausländisches Geld im Sinne des Paragraphen 146 des Strafgesetzbuches anzusehen seien.

Aus London kommt die Nachricht, daß der konservative Politiker Lord E. Lambson und Sir Henry Deterding die im Escherwonenprozess von einem der Verteidiger vorgebrachte Behauptung, daß sie im Januar 1926 eine Konferenz mit General Hoffmann gehabt hätten, um einen gemeinsamen englisch-deutschen Angriff auf die Sowjetregierung zu erwirken, entschieden in Abrede stellen.

Nah und Fern

○ Die Kindesentführung in Hohenböddestedt. Zu der Entführung von fünf Kindern aus Hohenböddestedt (Kreis Salzweel) verurteilt, daß sich die Kinder Romaschke in dem kommunistischen Jugendheim „Aufmühle“ im Kreise Wittstock aufhalten. An der Entführung, die auf Anstiften der Mutter geschah, soll ein Kommunist aus Salzweel beteiligt gewesen sein.

○ Zwei Kinder in einem Klarbecken ertrunken. Die beiden Brüder Wilhelm und August Sander, sechs und acht Jahre alt, wurden in dem Klarbecken der früheren Eisenhütte Phönix in Verge-Vorbeck ertrunken aufgefunden. Die beiden Knaben sind vermutlich beim Spielen in die Klaranlagen gefallen. Die Vermissten waren die einzigen Kinder eines Arbeiters.

○ Verabreichung einer Aztekenpyramide. Nach einer Meldung aus Mexiko haben Diebe die Aztekenpyramide von Cholula im Staate Puebla erklaut und von dem von Cortez aufgestellten Marienbildnis die goldene Krone, die Juwelen und Gewänder sowie den Jesusknaben gestohlen.

Die Untersuchung im Falle Meusdörffer.

Der Verdacht gegen den Kommerzienrat noch nicht entkräftet.

Wie die Gerichtspräsidenten Bayreuth über den Fall des der Ermordung seiner Gattin bezichtigten Kumbacher Kommerzienrates Meusdörffer mitteilt, erscheinen die Selbstbezeugungen der Arbeiter Schubert und Popp mit Rücksicht auf die keinesfalls geklärten Vorgänge, durch die sie veranlaßt wurden, und auf die übrigen der Untersuchungsbehörde bekannten Umstände nicht so überzeugend, daß die Untersuchung der Aufgabe enthoben wäre, die Angaben der beiden in allen ihren zum Teil unklaren, zum Teil widersprechenden Einzelheiten auf ihre Richtigkeit zu prüfen und die Zusammenhänge klarzustellen. Insbesondere haben die merkwürdigen Angaben Meusdörffers über sein Verhalten beim erstmaligen Betreten des Schlafzimmers, in dem die ermordete Frau lag, durch die Selbstbezeugungen Schuberts und Pops noch keine Erklärung gefunden.

Explosion im Warenhaus.

Acht Verletzte. — Schwerer Schaden.

Im Maschinenraum eines Warenhauses in Brooklyn explodierten zwei Benzinbehälter. Es entstand ein Brand, der die Garage des Warenhauses völlig zerstörte. Acht Personen wurden verletzt, zwei davon lebensgefährlich. Fünfzehn Lastkraftwagen verbrannten und zwanzig andere wurden schwer beschädigt. Schwarze Rauchwolken hüllten die ganze Nachbarschaft ein.

Dammbruch in der Grenzmark.

Das Dorf Straßforth von Wassermassen eingeschlossen.

An der Kladow, dem Grenzflusse zwischen den Kreisen Flatau und Deutsch-Krone, brach bei dem Dorfe Straßforth der Damm des an der Überlandzentrale Pommern für das Elektrizitätswerk Fiederborn erbauten Staubeckens. Die Wassermassen überfluteten das Dorf Straßforth; das Wasser stand stellenweise zwei Meter hoch. Zahlreiches Vieh ertrank, Hausrat wurde in großen Mengen beschädigt, erhebliche Getreide- und Futtervorräte wurden weggespült. Menschen sind, soweit bisher festgestellt werden konnte, nicht zu Schaden gekommen. Eine im Vorjahre eingeweihte Betonbrücke wurde weggerissen. Der Schaden, den die Wassermassen angerichtet haben, ist ungeheuer.

Nach dem Dammbruch wälzten sich etwa drei Millionen Kubikmeter Wasser in der Richtung auf das eine halbe Stunde entfernte Hauptwerk und setzten dieses vier Meter tief unter Wasser. Den sofort verständigten Staubecken-Bethlehemhammer und Borkendorf gelang es noch

rechtzeitig, ihre Staubecken abzulassen und somit die größte Gefahr abzuwenden. Ein Wohnhaus, das in der Nähe des Staubeckens liegt, wurde bis zum Dach unter Wasser gesetzt; die Bewohner konnten sich auf den Dachboden retten. Das Dorf Straßforth wurde von den Wassermassen vollständig eingeschlossen.

Die Fliegertragödie in der Arktis.

Cielsons Tod gilt als sicher.

Der Kapitän des nahe dem Nordpol überwinternden Sowjetischen „Stawropol“ berichtet, daß gemeinsame Flüge russischer und amerikanischer Flieger zum Absturzorte Cielsons endgültig die Tatsache des Todes Cielsons und Borlands ergeben haben. Die Lage des abgeschützten Flugzeugs läßt keinen Zweifel übrig. Ausgrabungen zur Bergung der Leichen sind im Gange.

Schlupfdienst.

Vermischte Nachrichten vom 5. Februar.

Aufhebung eines Haftbefehls in der Bombenangelegenheit. Berlin. In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat der Untersuchungsrichter den gegen den Hauptschriftleiter Bruno von Salomon erlassenen Haftbefehl aufgehoben, da nach den neuesten Ermittlungen Verbundungsgefahr als ausgeschlossen erscheint und nach der Lage der Sache nicht mehr mit einer so hohen Strafe zu rechnen ist, daß Fluchtverdacht begründet erschiene.

Zur Wiederteilnahme des Todesstrages von Hünefelds.

Berlin. Aus Anlaß der Wiederteilnahme des Todesstrages des Freiherren von Hünefeld überlieferte der Rino deutscher Flieger an die Mutter des verstorbenen Fliegers ein in herzlichen Worten gehaltenes Telegramm mit dem Geßbuis, daß der Name Hünefeld stets in Ehren gehalten werde. Der Vorstand des Ringes deutscher Flieger und Hauptmann Köhl, der Ehrenmitglied des Ringes ist, legten am Grabe Hünefelds einen Kranz mit der blau-gelben Schleife des Ringes deutscher Flieger nieder. Ferner schmückten den Hügel eine Anzahl Kränze, darunter ein Kranz des Hauses Hohenzollern und des Norddeutschen Lloyd, sowie ein Propeller mit Blumen.

Medlenburg und Preußen.

Neustrelitz. Zu der Meldung „Medlenburg-Strelitz soll preußisch werden“ ermächtigt Staatsminister Dr. Freiherr von Meibnis die Landeszeitung für beide Medlenburg, öffentlich zu erklären, daß diese Mitteilungen auf Kombinationen beruhen, die einer tatsächlichen Grundlage entbehren. Über irgendwelche Einzelheiten sei bei der Fühlungnahme, die zwischen der preussischen und der preussischen Regierung stattgefunden hat, überhaupt nicht gesprochen worden.

Explosion in einer Wilnaer Kaserne.

Warschau. In der Kaserne des 85. Infanterieregiments in Wilna explodierte während eines Vortrags über Sprengstoffe eine Granate. Die dreizehn Soldaten, die dem Vortrag beiwohnten, erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Zwei Todesopfer eines Gerüstssturzes.

Duisburg. Ein Gerüst, das zur Anbringung einer Lichtkammer an der Gasse Düsseldorf und Borkenstraße aufgestellt war, brach aus noch nicht geklärter Ursache zusammen. Ein Monteur und ein Arbeiter stürzten auf den Bürgersteig. Sie waren sofort tot. Die übrigen auf dem Gerüst beschäftigten Arbeiter konnten sich rechtzeitig festhalten.

Furchtbarer Selbstmord eines Bergmanns.

Duisburg. Auf der Zeche „Diergardt“ hat sich ein Hauer auf furchtbare Weise das Leben genommen, indem er dreizehn Sprengstoffpatronen zur Entzündung brachte. Er hatte sich während der Arbeitszeit von seinen Arbeitskollegen entfernt und wurde nach Aufjahren der Schicht vermisst. Nach stundenlangem Suchen wurde die furchtbar verstümmelte Leiche an einer alten abgebauten Strecke gefunden.

35 000 Arbeiter streiken.

Lohnkampf in der New Yorker Bekleidungsindustrie.

35 000 Arbeiter der New Yorker Bekleidungsindustrie sind in den Streik getreten. Die Streikenden fordern die Einführung der Fünftagewoche und die Abschaffung des Vorkaufsystems.

Religionsvergehen vor dem Reichsgericht.

Revision des bayerischen Landtagsabgeordneten Streicher verworfen.

Das Reichsgericht in Leipzig bestätigte durch Verurteilung der Revision des Urteils des Schwurgerichts Nürnberg, das den Landtagsabgeordneten Streicher zu 2 und den Schriftleiter Holz zu 3 Monaten Gefängnis, beide wegen Religionsvergehens verurteilt hat. Der „Stürmer“ für den Streicher verantwortlich zeichnet, hatte im Zusammenhang mit der Mordaffäre Hunsmann-Daube behauptet, es handle sich wahrhaftig wieder um einen jüdischen Ritualmord. Das Schwurgericht hatte hierin Vorwürfe gegen die jüdische Religionsgemeinschaft erblickt.

Verhaftung zweier Fabrikanten.

Die gefährlichen Benzolvergiftungen.

Die beiden Inhaber einer Gummiabrik in Wien, in der sich in der letzten Zeit mehrere Fälle von Benzolvergiftungen ereigneten Dr. Hörnes und Architekt Durban, wurden mit der Begründung, daß sie ausländische Staatsangehörige seien und Fluchtverdacht bestünde, verhaftet und ins Kreisgericht eingeliefert.

Biehverkaufshalle A.-G. Lehrte.

Infolge neuen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in einer zweiten Nachbargemeinde bleibt die Stadt Lehrte in der gesetzlichen Schutzzone. Unsere

beiden nächsten Märkte am 11. und 18. Februar können daher auch nicht abgehalten werden.

Nächster unbeschränkter Markt (jetziger Voraussicht nach) am Dienstag, 25. Februar.

Schriftleitung: Wilh. Bess jr., Halber i. Westf.



Gestern abend holte Gott der Herr unsere liebe, gute, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die

Ww. Fr. Wilh. Schnöring

Lina geb. Lausberg

nach einem arbeitsreichen Leben, im Alter von beinahe 76 Jahren heim.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Burbach Post Schwenke Bezirk Dortmund, Schalksmühle, Essen, Hartmecke, z. Zt. Santiago de Chile, z. Zt. Spielwigge, den 6. Febr. 1930.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 8. Febr. 1930, nachmittags 2 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt. Trauerfeier 1 1/2 Stunde vorher. Von Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand nehmen.

Zwangsversteigerung.

Freitag, d. 7. Febr. 1930
12 Uhr sollen in Halver im Hotel zur Post bezw. an Ort und Stelle

1. Sprechapparat,
1. Klavier,
1. Büfett,
2. Bilder,

u. a.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Widenscheld, den 6. Febr. 30.

Bußmann,

Gerichtsvollzieher kr. A.

Suche per 1. März

nach Halver fleiß. ordl.

Mädchen

welches zu Hause schlafen kann.

Angebote unter Nr. 3

an die Geschäftsstelle des

Allg. Anzeigers Halver.

Suchen Sie?

Dann schnell 1 Flasche Reichels Duftentropfen mehrmals täglich 15-20 Tropfen zu nehmen. Kinder die Hälfte. Nr. 0.80 u. 1.50 in Apoth. u. Drogs. erhältlich, aber echt nur mit Marke Reichel.

Bestimmt zu haben bei:

Carl Menke, Halver'sche Medizinal-Drogerie

20 Centner prima

Klee- und Wiesenheu

zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg.-Anz. Halver.

Drainage-Rohre

empfehlen in allen gangbaren Weiten ab Lager und Waggonweise:

E. Zimmermann,

Ost-Rönfahl,

Telefon Nr. 11 Rönfahl

KATALOGE

für die

Kleinenindustrie

werden als Spezialität

schnell u. preiswert

angefertigt.

Wilh. Bell. jr.

In 3 Tagen

Nichttraucher

Auskunft kostenlos:

Sanitäts-Depot, Hallen 5. 208 a

Öffentl. Versammlung

Wer rettet uns?

Ueber dieses Thema spricht am

Sonntag, dem 9. Februar, nachm. 4 Uhr

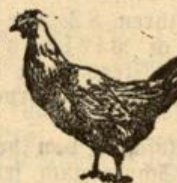
im Lokale Winter, Vommert

Stadtverordneter Better, Hagen.

Freie Aussprache!

N. S. D. A. P. Halver.

Für Geflügelhalter Clubfütter



Legemischfutter für Geflügel,

Aufzuchtgemischfutter für Küken,

zusammengestellt und hergestellt unter Kontrolle

des Clubs Deutscher Geflügelzüchter.

Nur echt mit Clubplombe.

Lieferung erfolgt auch an Nichtmitglieder.

Ferner:

Körnermischfutter „Pick Pick“.

Zu beziehen durch:

Albert Herdepe, Halver,

Lizenzhersteller des Clubs Deutscher Geflügelzüchter.

Gewerbl. Mittelstands-

vereinigung für den Amts-

bezirk Halver.

Sonntag, den 9. Febr.

abends 6 1/2 Uhr im Hotel

zur Post

Jahres-Haupt-

Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassen-

bericht.

2. Vorstandswahl.

3. Mitteilungen.

4. Verschiedenes.

Zahlreiche Beteiligung

erwartet

Der Vorstand.

Nachbarschaft

Schwenke u. Umgegend

Samstag, den 8. Febr.

abends 7 1/2 Uhr

im Lokale Fr. Wilh.

Cleber in Ennepe

Jahres-Haupt-

Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.

2. Rechnungslage.

3. Beitragsfestsetzung.

4. Vorstandswahl.

5. Verschiedenes.

Zu pünktlichem u. zahl-

reichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Kranken- und

Sterbekasse Halver.

Hauptversammlung

am Sonntag, 9. Febr.

nachmittags 4 1/2 Uhr

im Lokal Fasbender.

Tagesordnung

1. Jahresbericht.

2. Kassenbericht.

3. Wahlen.

4. Beiträge.

5. Kranken- und Sterbe-

gelber.

6. Verschiedenes.

Sollte die Versammlung

nicht beschlußfähig sein,

so ist auf 5 Uhr eine zweite

Versammlung anberaumt,

die ohne Rücksicht auf

die Anzahl der Erschie-

nungen beschlußfähig ist.

Der Vorstand.

F. A. Gosemann

amtl. gepr. Bücherrev. u. Steuerber.

Wengern (Ruhr)

Fernruf 2520 Wetter (Ruhr).

Augenbl. zu sprechen:

Halver, Hotel zur Post

Fernr. 408 Halver, 12-14 Uhr,

Schwenke, Gasthof Godes

Fernr. 531 Halver, nach 19.30 Uhr

Herfirtig, d. Steuer-Ertl., Einr.,

Hebern, u. Orduen d. Buchführ.

Revisoren, Gutachten, Hebern,

famil. Trennung-Gesch. usw.

Mäßige Gebühren.

Unverb. und kostenlofen Besuch.

Heimarbeits-

schriftl. Vitalis-Vorl.

München C 4.

Die weisse Hölle vom Ritzbalu

HAUPTROLLEN:

GUSTAV DIESSEL-LENI RIEFENSTAHL ERNST PETERSEN

UND DER BEKANNTESTE DEUTSCHE FLIEGER

ERNST UDET

REGIE

DR. A. FANCK

UND

G. W. PABST

Das gewaltigste Filmwerk aus der Zauberwelt des alpinen Hochgebirges. Ein Film, wie ihn Menschengen niemals sahen.

Der König der Wälder

(Der Wolfshund Winnetou)

5 Akte.

Sonabend nachm. 8 Uhr

Kindervorstellung

zu kleinen Preisen.

Verstärktes Streichorchester unter persönlicher Leitung des Konzertmeisters Kiskember.

Freitag 8 Uhr,

Sonabend 3 und 8 Uhr,

Sonntag ab 5 und 8 Uhr.

Lichtspiele Carlshöhe.